

"De Gaulles Kontinentalsperre" in Süddeutsche Zeitung (18. Mai 1967)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Dürrmeier, Hans ; R Herausgeber Proebst, Hermann. 18.05.1967, Nr. 118; 23. Jg. München: Süddeutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"de_gaulles_kontinentalsperre"_in_suddeutsche_zeitung_18_mai_1967-de-bdcb40ef-f691-4c20-8570-9e953cf6a67e.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 15/09/2012

De Gaulles Kontinentalsperre

von Immanuel Birnbaum

Bewunderer und Kritiker haben dem französischen Präsidenten abwechselnd nachgesagt, er resümiere in seiner Person noch einmal alle Hauptfiguren der Geschichte seines Landes. Gegenwärtig erinnert de Gaulle mit seiner Europapolitik am meisten an den ersten Napoleon und zwar in jener Zeit, da dieser die Hegemonie Frankreichs in Europa durch Aussperrung des englischen Handels vom Kontinent zu festigen suchte. Die Methoden sind inzwischen friedlicher geworden. Der Präsident legt sich nicht gegen neue Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft fest. Er gibt aber deutlich zu erkennen, daß er solchen Verhandlungen für absehbare Zeit Erfolg weder verspricht noch ihn ernstlich will. Einstweilen sei das Inselreich zu eng an die Vereinigten Staaten gebunden und auch in seiner eigenen Wirtschaftsstruktur nicht „reif“ für Europa. Man fragt sich nur, ob der Mann an der Spitze Frankreichs wirklich wünscht, daß der britische Nachbar demnächst eine solche Reifeprüfung bestände.

De Gaulle hat nämlich noch eine zweite Reihe von Argumenten gegen die Aufnahme der Engländer und übrigens auch der Skandinavier als Vollmitglieder in die EWG. Durch Einbeziehung solcher Staaten würde, so meint er, der Gemeinsame Markt seinen Charakter ändern. Die mühsam zustandegebrachten Marktordnungen wären nicht in der jetzigen Form aufrechtzuerhalten. Er spricht es nicht aus, aber er läßt durchblicken, Frankreich sei an einer erweiterten Gemeinschaft, die auf eine Art von größerer Freihandelszone hinausliefe, nicht mehr interessiert.

Man täte dem General unrecht, wollte man diese Haltung auf jene Art von altmodischen Nationalismus zurückführen, die immer nur an das eigene Land denkt. De Gaulle ist auf seine Art ein ehrlicher Europäer – eben im Sinne seines Vorgängers Napoleon. Er will den Zusammenschluß des Kontinents weitertreiben, vorausgesetzt, daß er unter französischer Führung bleibt. Deshalb hat er einen so guten Europäer wie Hallstein, der auch seinerseits jeder Auflockerung der Brüsseler Gemeinschaft abgeneigt war, nicht mehr länger an der Spitze der EWG-Kommission haben wollen. Hallstein hat nach dem Urteil des früheren französischen Botschafters François-Poncet die Interessen des eigenen Landes mehr als einmal der Sache Europas untergeordnet. Ein Werkzeug der Pariser Politik wollte er aber nicht werden, und so hat er Brüssel freiwillig verlassen.

Der Nachfolger braucht kein Franzose zu sein. Die EWG-Satzung, die in wichtigen Fragen Einstimmigkeit der Beschlüsse vorschreibt, reicht aus, um demjenigen Mitgliedsstaat immer wieder den sachlichen Ausschlag zuzuspielen, der gegebenenfalls Nein zu sagen bereit ist. Das wollen weder die Bundesrepublik Deutschland noch Italien oder die Benelux-Länder. Frankreich hat aber im Falle seines Ausscheidens aus der NATO-Organisation gezeigt, daß es schlimmstenfalls bis zum Äußersten geht.

Der tatsächliche – nicht formelle – Führungsanspruch ist es, der den französischen Präsidenten letzten Endes dazu bewegt, Großbritannien vom Gemeinsamen Markt fernzuhalten. Säße ein Brite als siebenter Mann in der bisherigen Sechsergemeinschaft, dann gäbe es dort zwei Mächte, die beide gleich hoch spielen könnten. Angesichts dieser Aussichten hat Wilson mit seinen bisherigen Zugeständnissen und freundschaftlichen Gesten de Gaulle nicht umstimmen können. Sein Angebot, die Römischen Verträge der EWG bedingungslos anzunehmen, wurde im Elysée ebenso wenig beachtet wie seine Versicherung, London treibe eine von den Weltmächten unabhängige Außenpolitik. Die einzige Wirkung war, daß de Gaulle von der offenen Polemik, die er einst Macmillan entgegenschleuderte, nun zu ironischer Milde überging. Aber „der andere hört von allem nur das Nein“.

Nun, auch Wilson muß sich jetzt harthörig stellen. Sein Beitrittsantrag ist abgegeben, und er kann nicht mehr zurückgenommen werden, zumal ja auch de Gaulle die Diskussion dieses Antrags nicht verweigert hat. Wilson hat es nach dem leidlichen Erfolg der handelspolitischen Kennedy-Runde ein wenig leichter, auf die endgültige Entscheidung in Brüssel zu warten, denn die Zollmauern zwischen dem europäischen Festland und den Geltungsbereichen von Pfund und Dollar sind ja dadurch niedriger geworden. Allzu lange kann diese Wartezeit freilich nicht mehr dauern, denn 1970 soll ja die Zeit der Übergangsbestimmungen für die EWG zu Ende sein. Aber Wilson hat auch noch einige starke Gründe in Reserve, um zu beweisen, daß die

britische Wirtschaft in Europa nicht ohne Mitgift einheiraten will. Für überationale technische Vorhaben reicht die Produktionskraft der Sechsergemeinschaft schon jetzt in manchen Fällen nicht mehr voll aus. Frankreich sucht sich dafür in Einzelfällen bereits Gesellschafter in Osteuropa. Sie wären für andere Projekte auch jenseits des Kanals zu finden.